

# Erste Beilage zur Morgen-Ausgabe Nr. 381 der Königsberger Allgemeinen Zeitung.

Königsberg, Sonntag den 15. August 1920.

Diese Nummer umfasst 18 Seiten.

## Eine Rundgebung des Oberpräsidenten zum Ostpreussischen Selbstschutz.

Der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen teilte uns mit:

Unter dem Druck des Abkommens von Spaa sieht sich die Reichsregierung genötigt, eine umfassende Entmaffnung vorzunehmen. Das vom Reichston von allen Parteien mit Ausnahme der U. S. V. D. angenommene Entmaffnungsgesetz stellt vor, daß Waffen im allgemeinen nur im Besitz der Reichswehr, der Sicherheitspolizei und der deutschen Ortspolizeiorgane sich befinden dürfen.

Die gespannte äußere und innere Lage der Provinz Ostpreußen gebietet aber zur Zeit, noch Vorkehrungen zu treffen, doch der uns umkondende Krieg nicht über die Grenzen unserer Provinz übersteigt und daß die von der Reichsregierung verkündete Neutralität unter allen Umständen gewahrt wird. Die Ruhe und Ordnung nach innen und nach außen unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, dazu bedarf es des Zusammenstehens aller Kreise der Bevölkerung, denen das Wohl des Vaterlandes und der Schutz der Verfassung am Herzen liegt. Dies Bedürfnis, das weite Kreise der Bevölkerung dringend empfinden, ist auch von der leitenden Stelle der inneren Verwaltung der Provinz durchaus anerkannt worden und hat dazu geführt, daß die Bildung von Ortsschützen vom Oberpräsidenten genehmigt worden ist.

Am manchen Orten haben sich bereits bestimmte Gruppen zusammengefunden, in der Absicht, selbständig eine bewaffnete Organisation zu schaffen. Diese Organisationen werden aufgelöst, wenn sie nicht bedingungslos sich den Verfügungen des Oberpräsidenten unterwerfen. Das Selbstschutzgesetz muß fest in den Händen der Staatsgewalt bleiben. Sonderbestrebungen, die vielfach gut gemeint, aber in diesem schicksalsschweren Augenblick zur Kluftentrennung und zur Kollisionslage führen, dürfen und können nicht aufrechterhalten werden. Wenn Selbstschutz der Bevölkerung muß in gleicher

Stärkung die Provinz vor allen Ueberrassungen von außen her zu schützen. So sind in den letzten Tagen zu den bereits vorhandenen Hundertschaften der Sicherheitspolizei drei weitere bereitete Hundertschaften zur Unterstützung der Landesgrenzpolizei Ostpreußen eingesetzt worden. Die Grenzüberwachungsstellen sind jetzt überall durch eine genügende Anzahl von Grenzpolizeibeamten gesichert, die mit Erfolg ihrer schweren Aufgabe, der Provinz unerwünschte ausländische Elemente fernzuhalten, nachkommen, während die grüne Grenze durch bereitete Abteilungen der Sicherheitspolizei ständig bewacht wird.

## Königsberger Nachrichten.

### Der Streik.

#### Polizeipräsident Lübbrück gegen den Bund verfassungstreuer Ostpreußen.

Vom Polizeipräsidentium wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes Telegramm an den Reichstagsminister, Reichswehrminister, Minister des Innern — Berlin überandt:

Wie ich aus der Presse ersehe, hat der Bund verfassungstreuer Ostpreußen, eine Gesellschaft deutschnationaler Querschlanten, sich über die Unzulänglichkeit der politischen Maßnahmen aus Anlaß der durch Streikende hervorgerufenen Unruhen beklagt und die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges angekündigt. Demgegenüber betone ich, daß die Unruhen am Freitag durch zeitweises Eingreifen in kurzer Zeit erledigt waren und von da ab auch nicht die geringste Störung der öffentlichen Sicherheit mehr eingetreten ist. Leider haben die Zusammenkünfte an der Walzmühle zwei Tote und fünf Verwundete erfordert. Seit Freitag normallöslich herrscht Ruhe und größte Ordnung. Die Haltung der Polizeibeamten ist trotz angestrengten Dienstes über alles Lob erhaben, selbst die Rechte erkannte das an. Nur deutschnationaler Querschlanten sind unzufrieden.

gez. Lübbrück,  
Polizeipräsident.

dem Ersuchen des Herrn Gemeinderat Jollenkopf entsprochen worden wäre. Bereits vormittags 10 Uhr, als die Zahl der sich vor dem Regierungsgebäude anammelnden Arbeiter immer größer wurde, forderte Herr Jollenkopf ein größeres Aufgebot von Mannschaften der Sicherheitspolizei an. Dzielm freier mitgeteilt hat, nicht entsprochen. Würde man der durchaus berechtigten Forderung des Herrn Jollenkopf entsprochen haben und hätte die Polizeibehörde über deren in dieser Angelegenheit an den Tag gelegtes Verhalten des Publikums eine Ansicht, richtig und mit allem Vorbehalt, so große Arbeitermassen nicht ankommen konnten, so würden die in ihren Folgen schlimmen Ausbreitungen unmöglich gewesen sein. Auch der Arbeiterstreik würde dadurch wesentlich mehr gelindert gewesen sein, da wir nach wie vor jedwede Verhandlung, die eben unter dem Terror und Druck der Straße geführt wird, ablehnen.

### Die Lebensmittelversorgung in Königsberg.

#### Abgabe von Lebensmitteln.

In der Woche vom 15. bis 21. August gelangen außer der üblichen Brot- und Mehlmengen auf Abschnitt 3 der Lebensmittelkarte 1 Teller, 1 Teller, 1 Teller, auf Abschnitt 4 der Lebensmittelkarte 250 Gramm Leinwand, auf die Fleischkarte 200 Gramm frisches Fleisch und auf die Fettkarte 100 Gramm Butter zur Ausgabe.

— Dritte Abgabe von Brennstoffen auf die neuen Brennstoffarten. Der Magistrat gibt im Ansehung der dritten Abgabe auf die neuen Brennstoffarten bekannt. Auch diese Freigabe bedeutet bereits eine erhebliche Verbesserung für den kommenden Winter. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die durch den ersten und zweiten Anlauf freigegebenen Abchnitte mit dem 31. August ihre Gültigkeit verlieren.

Der letzte dritte Anlauf ist abschließend nicht befristet, um die minderbemittelte Bevölkerung nicht zu zwingen, sich außerordentlich große Summen mit einem Male auszusuchen. Trotzdem die Verbraucher durch Bekanntmachung des Magistrats wiederholt aufgefordert wurden, sich die ihnen zuteilenden Brennstoffmengen bescheiden zu beschaffen, um die Läger der Brennstoffarten zu räumen und Platz zu schaffen für die neuen Brenn-



im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie